34 91 91 und für Anzeigen 34 10 15

Hamburger Abendblatt

Das Wetter morgen
Wechselnd bewölkt, meist niederschlagsfrei, um 10 Grad.

Nr. 261 / Jahrgang 15 / Einzelpreis 20 Pf / C 3390 A · UNABHÄNGIG · Hamburger Fremdenblatt · ÜBERPARTEILICH · Hamburg, Mittwoch, den 7. November 1962

Vorsicht vor Schlaftabletten-Legende! / Invasionsfilm „Der längste Tag" in Hamburg angelaufen (Seite 8)

Erregte „Spiegel"-Debatte im Bundestag Stammberger fehlte

Justizminister meldete sich krank

Von unserer Bonner Redaktion
wst. fr. **Bonn, 7. November**

Zu heftigen Auseinandersetzungen ist es heute vormittag im Bundestag gekommen, als die SPD von der Bundesregierung Auskunft über die Hintergründe und Begleiterscheinungen der „Spiegel"-Affäre forderte. Zu lauten Mißfallensäußerungen kam es, als Bundestagspräsident Gerstenmaier bekanntgab, daß Bundesjustizminister Stammberger (FDP) an der Bundestagssitzung nicht teilnehmen werde. Der Minister habe sich krank gemeldet.

Stammberger, der gestern abend noch bis spät in die Nacht hinein mit seinen engsten Mitarbeitern über die Antworten beraten hat, die er heute vormittag im Bundestag auf die Fragen der SPD abgeben wollte, leidet, wie aus seiner Umgebung zu erfahren ist, noch immer an den Folgen seines kürzlich erlittenen schweren Autounfalles. Heute früh habe er sich in ärztliche Behandlung begeben müssen.

Die erste Frage der SPD wurde kurz nach neun Uhr von dem Abgeordneten Schmitt (Vockenhausen) gestellt. Sie wurde beantwortet von Bundesinnenminister Höcherl (CSU).

Frage: Welche rechtliche Grundlage erlaubte dem Bundesinnenministerium, dem Landeskriminalamt von Nordrhein-Westfalen aufzugeben, die Unterrichtung des Innenministers über eine geplante Aktion zu unterlassen?

Fortsetzung auf Seite 2

Kennedys Partei siegt überlegen

Größter Wahlerfolg seit Roosevelt – Nixon liegt wieder hinten

Eigener Dienst — dpa — ap — SAD

Washington, 7. November

Kennedys Partei, die Demokraten, hat bei den gestrigen Kongreßwahlen einen überraschend großen überzeugenden Erfolg errungen.

Bei Redaktionsschluß wurde auf Grund des Standes der Stimmenauszählung folgende Sitzverteilung erwartet:

Senat:
Demokraten 67 (bisher 65)
Republikaner 33 (bisher 35)

Repräsentantenhaus:
Demokraten 259 (bisher 261)
Republikaner 176 (bisher 174)

Damit ist erst zum zweitenmal in der amerikanischen Geschichte der Fall eingetreten, daß die Regierungspartei bei Zwischenwahlen, nach zweijähriger

Nixon

Edward Kennedy

Amtszeit des Präsidenten, keine schweren Verluste hinnehmen mußte. Nur 1934 in der Ära Roosevelt (der auch Demokrat war) hat es das schon einmal gegeben.

Normalerweise verliert die an der Macht befindliche Partei im Durchschnitt über 40 Sitze im Repräsentantenhaus. Ein großer Erfolg für Präsident Kennedy, obwohl bei den Wahlen vielfach örtliche Gesichtspunkte maßgebend waren!

Der frühere Vizepräsident Nixon hat höchstwahrscheinlich die Gouverneurswahlen in Kalifornien verloren. Bei Redaktionsschluß führte sein Gegenkandidat, der bisherige Gouverneur Brown (Demokrat) mit etwa 100 000 Stimmen Vorsprung. Im Augenblick sieht es so aus, als ob Nixon die Chance verspielt hat, 1964 noch einmal von den Republikanern als Präsidentschaftskandidat aufgestellt zu werden.

Präsident Kennedys 30jähriger Bruder Edward gewann in seinem Heimatstaat Massachusetts den Senatsitz, den früher Präsident Kennedy selbst innehatte. Sein republikanischer Gegenkandidat George Cabot Lodge, ebenfalls Träger eines großen Namens, erlitt eine vernichtende Niederlage.

Im Staat New York ist der bisherige republikanische Gouverneur Nelson Rockefeller wiedergewählt worden, allerdings mit geringerer Mehrheit als 1958. In New York gab es zwei Verlierer: den demokratischen Kandidaten Robert Morgenthau (Sohn des Henry Morgenthau, dessen utopischer Deutschland-Plan in der Roosevelt-Zeit eine Zeitlang eine gewisse Rolle gespielt hat) und Jaquith, der Kandidat einer konservativen Partei, die sich in New York gebildet hatte. Jaquith sah eine Chance, weil der Multimillionär Rockefeller in den Augen vieler Republikaner alter Schule als zu liberal und in sozialer Hinsicht als zu fortschrittlich und arbeiterfreundlich gilt.

Es wird heute kaum noch bezweifelt, daß Nelson Rockefeller, den man vielfach einen „republikanischen Roosevelt" nennt, bei den nächsten Präsidentschaftswahlen 1964 gegen Kennedy kandidieren wird. Die Republikaner verfügen mit ihm nach Eisenhower wieder über eine Persönlichkeit, die die Massen anzieht.

Rockefellers geringere Mehrheit geht wahrscheinlich zu Lasten vieler katholischer Stimmen von weiblichen Wählern, die ihm seine Scheidung übelnahmen. Aber das kann in zwei Jahren wieder vergessen sein.

In Michigan gewann der Automobilfabrikant George Romney, der auch bei den nächsten Präsidentschaftswahlen gegen Kennedy kandidieren will, die Gouverneurswahlen.

Die Wahlbeteiligung betrug durchschnittlich etwa 60 Prozent. Das scheint nach westeuropäischen Maßstäben wenig zu sein, ist aber in amerikanischen Augen für sogenannte Zwischenwahlen fast ein Rekord. Die nur 60prozentige Beteiligung ist eine Folge der etwas komplizierten amerikanischen Wahlgesetze, die zudem in den einzelnen Bundesstaaten unterschiedlich sind.

Hier zwei Beispiele:

■ Im Staat Ohio kann jeder Bürger, der 21 Jahre ist, seit sechs Monaten in Ohio lebt und seit 30 Tagen im gleichen Wahlkreis ansässig ist, zur Wahl gehen. Er muß sich aber bis zum 3. November persönlich in die beim Wahlamt ausliegende Wählerliste eintragen lassen. Er muß also faktisch (wie auch in allen anderen 49 Bundesstaaten) zweimal „hingehen", was die Menschen in der Bundesrepublik nur einmal, nämlich am Wahltag selbst, tun müssen.

● Im Bundesstaat Mississippi mußte jeder, der wählen wollte, schon bis zum 1. Februar seine Wahlsteuer entrichten und sich bis Anfang Juli in die Wählerliste eintragen lassen. Außerdem mußte er wenigstens seit zwei Jahren im Staat ansässig sein und mindestens ein Jahr in dem Wahlkreis wohnen, in dem er wählen will (ein altes Gesetz, das die Farbigen von der Wahl fernhalten soll.) Effekt: Nur 25,6 Prozent Wahlbeteiligung bei den letzten Präsidentschaftswahlen und gestern noch weniger.

Mit einer einzigen Ausnahme, der UNO-Bar in New York, gab es am Wahltag in ganz Amerika keinen Alkohol. Dafür entfielen alle Parkverbote. Viele Regierungsbüros hatten geschlossen, und jeder Angestellte und Arbeiter bekam mindestens vier Stunden frei, um seiner Bürgerpflicht nachgehen zu können. Die großen Warenhäuser waren

Nelson D. Rockefeller, der Sieger von New York, gibt seine Stimme ab

prompt zur Stelle und priesen zahlreiche Sonderangebote an.

Seiner Umwelt zeigte sich Amerika am Wahltag nicht als Land, sondern faktisch als ein ganzer Kontinent. Als die Wahllokale im Nordoststaat Maine schlossen, war es in Hawaii noch heller Mittag. Und während in den Neuengland-Staaten die Wähler dicht vermummt durch den Schnee stampften, um zu ihren Wahllokalen zu gehen, brauchte man in Florida und Kalifornien nur Shorts oder Badehose.

Lesen Sie auf Seite 9

Hitze, Rennen und Empfänge

Ausführlicher Reisebericht über die strapazlöse Indien-Tournee der deutschen Leichtathleten

Menschlich gesehen

Schlüsselfigur in Neu-Delhi

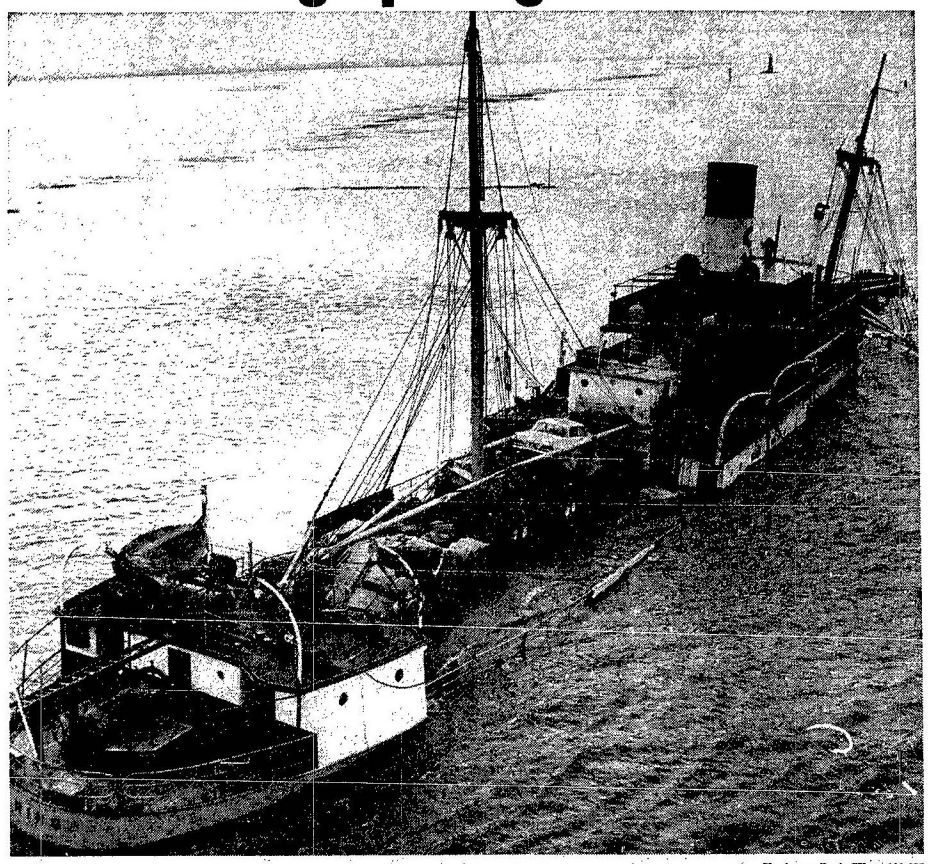
Die Invasion der Chinesen an der indischen Nordgrenze haben John Kenneth Galbraith, seit Mai 1961 Botschafter der USA in Neu-Delhi, fast über Nacht zu einer politischen Schlüsselfigur für die indische Regierung gemacht. Nehru, der sich der chinesischen Angriffe nur mit militärischer und diplomatischer Hilfe Amerikas einigermaßen erwehren kann, kennt genau den großen Einfluß von Botschafter Galbraith auf die Entschlüsse Kennedys.

Der scharfsinnige Diplomat und Professor für Nationalökonomie ist bekannt für seine „unangenehmen Wahrheiten". In seinem international berühmt gewordenen Bestseller „Gesellschaft im Überfluß" warf der jetzt 54jährige Sproß einer schottischen Baptistenfamilie den Amerikanern vor, sie vergeudeten ihren Reichtum. Als er 1956 die indische Regierung bei der Wirtschaftsplanung beriet, erklärte er Nehru unumwunden, es werde alles scheitern, wenn die indische Bürokratie weiter so ungenügend arbeite.

Galbraith, der während der Weltwirtschaftskrise als blutjunger Dozent in zahlreichen Millionärspalästen ein- und ausging, um Nachhilfeunterricht in Volkswirtschaftslehre zu erteilen, ist inzwischen selbst ein vermögender Mann mit weltweiten Verbindungen geworden. Der langjährige Harvard-Professor ist mit vielen akademischen Ehrungen ausgezeichnet worden. Aber er will auch das praktische Wirtschaftsleben beeinflussen. 1955 erklärte er warnend, er halte eine neue Börsenkatastrophe für möglich. Sofort fielen die Kurse. Eine große New Yorker Zeitung meldete das damals unter der Schlagzeile: „Eierkopf haut Aktienmarkt in die Pfanne."

Hin und wieder hat auch dieser ruhelose Geist eine Pause nötig. Dann reist der 2,03 Meter lange Professor mit seiner Frau Kitty und seinen drei Söhnen nach Gstaad zum Skilaufen oder auf seine Farm im amerikanischen Bundesstaat Vermont, um zu angeln.

Die Ladung sprengte das Schiff



Freigeg. L. A. Hbg. 100.655

Das ist das Wrack des schwedischen Frachters „Ring" (1396 BRT), der vor zwei Wochen auf der Unterelbe unweit der Ostemündung nach einer Kollision mit dem tschechoslowakischen Frachter „Orlik" untergegangen ist. Der Fotograf des Hamburger Abendblattes, Günther Krüger, machte dieses Luftbild gestern nachmittag bei Niedrigwasser. Bei Flut wird das ganze Deck überspült. Das Wrack liegt haarscharf am Rande der Fahrrinne in elf Meter Tiefe. Spätestens morgen wird die Reederei entscheiden, ob die „Ring" geborgen oder an Ort und Stelle verschrottet werden soll. Die Papierladung ist durch das Wasser inzwischen so weit aufgequollen, daß sie Luken und Teile des Decks gesprengt hat. Dennoch ist nach Ansicht der Bugsier-Reederei eine Bergung noch immer möglich, zumal das Leck am Achterschiff nicht allzugroß ist.

Weihnachtsgänse teurer?

Von unserer Bonner Wirtschaftsredaktion
ri. **Bonn, 7. November**

Für den westdeutschen Verbraucher zeichnet sich die Gefahr ab, in diesem Jahr für die traditionelle Weihnachtsgans wesentlich höhere Preise zahlen zu müssen.

Gestern hatte der Ernährungsausschuß des Bundestages eine Ermäßigung des in dem neuen Einfuhrverfahren vorgesehenen Abschöpfungsbetrages und damit eine Verbilligung der Einfuhr abgelehnt. Das letzte Wort hat am kommenden Freitag der Bundestag. **(Weitere Einzelheiten lesen Sie bitte auf der Wirtschaftsseite.)**

„Einer der vielen treuen Genossen"

Associated Press
Sofia, 7. November

Die bulgarische KP hat gestern auf ihrem Parteitag in Sofia den in der Stalin-Ära 1949 als „Titoist" hingerichteten stellvertretenden Ministerpräsidenten Kostoff rehabilitiert. Kostoff sei „einer der vielen treuen Genossen" gewesen, die ein Opfer der Intrigen Jugoffs — des soeben abgesetzten bulgarischen Ministerpräsidenten — geworden seien.

Interessant ist die Auslegung, die die derzeitige Säuberung der bulgarischen KP in Athen erfährt. In der griechischen Hauptstadt hält man sie für die erste Bereinigung des kommunistischen Hinterlandes von den mit Chruschtschows Kuba-Politik nicht einverstandenen Elementen.

Noch keine Einigung über Kuba-Kontrolle

Langes Gespräch zwischen Stevenson und Kusnetzow

Springer-Auslandsdienst - dpa - ap
New York, 7. November

Noch immer gibt es keine entscheidenden Fortschritte zur endgültigen Bereinigung der Kuba-Krise. Fünf Stunden und 20 Minuten haben in der letzten Nacht der amerikanische UNO-Delegierte Stevenson und der stellvertretende sowjetische Außenminister Kusnetzow miteinander verhandelt. Stevensons Fazit: „Die Unterhaltung war unfruchtbar, Die Raketen gehen aus Kuba hinaus und die Gespräche weiter."

Amerika besteht weiterhin darauf, daß der Abbau der Raketenbasen sowie der Abtransport der Sowjetraketen und der schweren Bomber aus Kuba international kontrolliert wird. Bisher liegen keine Anzeichen dafür vor, daß Fidel Castro, der auch gestern in Havanna wieder eine längere Unterredung mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Mikojan hatte, bereit ist, sich einer solchen Kontrolle, die Chruschtschow Präsident Kennedy zugesagt hat, zu unterziehen.

Die jüngsten Aufklärungsflüge der Amerikaner über Kuba haben ergeben, daß die sowjetischen Raketen im Hafen Muriel in größter Eile auf sowjetische Frachter verladen werden. Das hat zu der Vermutung geführt, daß die Sowjets vielleicht schon Ende dieser Woche erklären wollen, eine Inspektion an Ort und Stelle sei nicht mehr erforderlich, da es nichts mehr zu kontrollieren gebe.

UNO-Generalsekretär U Thant wird heute die Vertreter der USA, der Sowjetunion und Kubas über das Ergebnis eines ersten Gesprächs mit den beiden Abgesandten des Internationalen Roten Kreuzes, Paul Rügger und Melchior Borsinger, informieren. Amerikanische UNO-Kreise erklärten nach dem Gespräch, vorläufig sei nur Übereinstimmung über eine Kontrolle der nach Kuba fahrenden Schiffe erreicht, nicht aber über die Kontrolle der Schiffe, die Kuba verlassen.

In Kuba macht sich die amerikanische Teilblockade allmählich sehr bemerkbar. Außer Zucker sind jetzt alle Verbrauchsgüter rationiert. Zur größten Mangelware gehören Schuhe.

(Lesen Sie auch den Leitartikel auf S. 2)

Ikeda bei Lübke

Deutsche Presse-Agentur
Bonn, 7. November

Den deutschen Standpunkt in der Berlin-Frage unterstützte der japanische Ministerpräsident Ikeda während seines Aufenthaltes in Bonn. Sein Land werde das deutsche Volk in der Deutschland- und Berlinfrage unterstützen. Ikeda wurde gestern von Bundespräsident Lübke empfangen.

Die Bundesregierung soll, wie verlautet, Ikeda zugesichert haben, daß die Bundesrepublik innerhalb der EWG für eine Liberalisierung des Handels gegenüber Japan eintreten wolle.

Pro-Castro-Paraden in China

Deutsche Presse-Agentur
Peking, 7. November

Mit Riesendemonstrationen unterstützte Peking auch gestern die Haltung Fidel Castros im Kuba-Konflikt. Tausende von singenden und Fähnchen schwenkenden Chinesen zogen an der kubanischen Botschaft vorbei.

Nach Angabe chinesischer Zeitungen sollen über zwei Millionen Menschen in ganz China an den Pro-Castro-Paraden teilgenommen haben. **(Siehe auch S. 14)**

Zunahme: 10 600

Deutsche Presse-Agentur-ap
Nürnberg, 7. November

Die Arbeitslosenzahl im Bundesgebiet einschließlich West-Berlins erhöhte sich im Oktober aus saisonbedingten Gründen um 10 600 auf 102 000. Damit trat der jährliche Umschwung auf dem Arbeitsmarkt etwas früher auf als in den Vorjahren.

In Hannburg stieg die Erwerbslosenzahl im Vormonat um 542 auf 4438. Die Zahl der offenen Stellen im Bundesgebiet beträgt 562 000.

543 000 Wohnungen

Deutsche Presse-Agentur
Wiesbaden, 7. November

Im Bundesgebiet (ohne Berlin) sind im vergangenen Jahr 543 000 Wohnungen fertiggestellt worden. 221 500 Wohnungen, das sind 40 Prozent, wurden mit öffentlichen Mitteln gefördert.

Fortsetzung nach Ostern

Deutsche Presse-Agentur
Vatikanstadt, 7. November

Der erste Sitzungsabschnitt des Zweiten Vatikanischen Konzils wird am 8. Dezember zu Ende gehen, wie der Papst gestern entschieden hat. Wann das Konzil fortgesetzt werden soll, ist noch nicht bekannt. Allgemein wird jedoch vermutet, daß die Beratungen nach Ostern, am 14. April 1963, fortgesetzt werden.

Um die Debatten in den Generalversammlungen zu verkürzen, hat das Konzil gestern beschlossen, daß das Präsidium eine Debatte beenden kann, wenn nach seiner Meinung der behandelte Gegenstand ausreichend erörtert worden ist.

Vorbörse heute

Im Verlauf nachgebend

Eigener Bericht
Hamburg, 7. November

Die anfänglich festen Kurse im vorbörslichen Telefonverkehr der Hamburger Banken gaben heute vormittag im Verlauf nach: Anilin 398—396 bz, 395 G/397 B; Bayer 438—436 bz, 435 G/437 B; Hoechst 398—396 bz, 395 G/397 B; AEG 375—372 bz, 371 G/373 B; Siemens 536 bis 533 bz, 532 G/534 B; VW 475 bz — 467 bz B.